

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Preis vierteljährlich 5 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlicher Schriftleiter: **Fritz Sumner**  
Schriftleitung und Verbandsstelle: **Stuttgart, Rätestraße 16 b II.**  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 8803.

Anzeigengebühr  
für die sechsgepaltene Kolonelle 5 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Unser erster Betriebsrätekongress

Am fünften Dezembervormorgen. Der Kampf zwischen Nacht und Wintertag ist gerade entschieden. Frostige Luft in Leipzigs Gassen. Immer mehr Männergruppen schieben sich in die Tauchaerstraße hinein. Die Wehrzähl tragen Mäppchen unter dem Arm. Man ahnt den Zweck ihres Hierseins. Ihre Unterhaltung bekräftigt die Vermutung. Viel vierstörige Gesellen sind unter ihnen. Das geschulte Auge vermag an Gestalt und Gangart die Berufe zu entschlüsseln. Sie verschwinden unter dem Torbogen eines lichten Steinbaues. Offenbar haben alle recht eilig, denn kaum einer nimmt sich Zeit, einen Blick an den Bau hinauf zu werfen. Sie würden hoch oben an dem Bau, in Stein gemeißelt, lesen: **Trotz alledem!**

Trotz alledem ist das Leipziger Volkshaus wieder erstanden. Noch prächtiger, eindrucksvoller, anziehender als ehedem. Nach sieben Vierteljahren. Die stille Hoffnung der Reaktion blieb einmal mehr unerfüllt. Als ihre Soldateska in den Märztagen 1920 das Haus von außen beschieß, im Innern Feuer legen ließ, galt es für Schießburg & Co. ausgemacht, daß die rote Zeitung für immer geschleift sei. Proletarische Tatkraft indes ging in andere Richtung. Der Pulverdampf des Klapp-Bußches hatte sich noch nicht lange verzogen, wuchsen Baugerüste bis zur Höhe des weggeschossenen Turmes empor, brachen zahlreiche Handwerkerhände ab, was zerstört, um es schnell und besser wieder aufzurichten.

Unter dem neuen gemeinschaftlichen Dach fanden sich die Delegierten des ersten Betriebsrätekongresses der deutschen Metallarbeiter zusammen. 530 an der Zahl. Und mit ihnen brüderliche Delegierte des Auslandes und Inlandes, Regierungsvertreter und viele Gäste. Die Delegierten kamen sämtlich aus der Werkstatt. Nur wenige sind schon Teilnehmer eines Reichskongresses gewesen. Was Wunder, daß sie ebenso gespannt wie ungeduldig der Dinge warten, die da kommen sollen. Die langen Tischreihen sind schon lange vor dem angelegten Verhandlungsbeginn belegt. Die Gebuldsprobe ist nicht allzu hart. Um 1/10 Uhr schrillt eine Glocke von der Bühne her. Das Gemurmel verstummt. Der Leipziger Kollege **Leichgräber** spricht Worte der Begrüßung an die Versammlung. Ihm folgt Kollege **Dickmann** vom Vorstand mit einer Eröffnungsrede. Das Büro des Kongresses wird erkoren. Brüderliche Delegierte wünschen ihm Erfolg, ein sächsischer Regierungsvertreter desgleichen. Professor **Lederer** hebt an mit seinem Referat über die Weltwirtschaft. Die Aufmerksamkeit, womit der frische Kongress die sehr hoch und tief gehenden Betrachtungen des ersten Referenten begleitet, ist bei den anderen Rednern nicht schwächer geworden. Ein Maß von Selbstüberwindung und Aufmerksamkeit, wie man es auf Tagungen politischer und sonstiger Art nur selten findet. Ob die geistige Spannkraft auch einer längeren Tagung ungeschwächt erhalten geblieben wäre, braucht uns hier nicht zu kümmern. Die Tatsache möge genügen, daß der erste Betriebsrätekongress der deutschen Metallarbeiter von Anfang bis zum Ende von gespanntestem Interesse seiner Teilnehmer, allzumal Männer vom Schraubstock und Buddelosen, getragen ward. Und wenn, was sehr gewünscht werden muß, das auf dem Kongress aus beruflichem Munde Gehörte, Gelernte mit eben solchem Interesse in der Werkstatt weitergetragen wird, dann dürften die großen Geldopfer, die der Kongress heischte, wohl aufgewogen sein.

Nicht nur Hörer des Wortes, auch Täter des Wortes hat der Betriebsrat zu sein. Eine Selbstverständlichkeit, die, wie jede Rede bezeugt, im Metallarbeiter-Verband Gemeingut ist. Die Betätigung dieser Selbstverständlichkeit indes hat, wie alle Lebenserfahrung bezeugt, seine Schwierigkeit. Nicht Betätigung schlechthin ist vonnöten, sondern eine Betätigung, die sich auf dem Weg des schärfsten Widerstandes, des guten Fortschritts, des größten Erfolges, des sichereren Gelingens bewegt. Die Wahl eines solchen Weges ist schwierig für den Einzelnen, unendlich schwieriger für eine ganze Klasse, zumal wenn diese in der geistigen Einöde des Obrigkeitstaates geworden. Es setzt ein hohes Maß von Kenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge, gepaart mit Urteilsvermögen, voraus, das nur in zäher geistiger und praktischer Übung anzueignen ist. Die Voraussetzung für kluges, nütliches, erfolgreiches Handeln zu schaffen, vierte in erster Linie der Betriebsrätekongress. Wie weit er seinem Zweck gerecht geworden ist oder werden wird, hängt in der Hauptsache davon ab, ob der auf ihm sprudelnde Gedankenstrom auf fruchtbaren Acker gelaufen und weitergeleitet wird. Mit andern Worten, die Delegierten allein haben es in der Hand, den Erfolg des Kongresses vollständig, bauernd zu machen. Eifer und Beharrlichkeit ist dabei sehr erwünscht. Denn die Feinde des Betriebsratwesens lassen es an Anstrengung nicht fehlen, die „vermaledeite Sache“ zu bekämpfen. Mit welcher Unberührtheit das Unternehmertum gegen die Betriebsräte zu Felde zieht, läßt das Rundschreiben erkennen, das von der Leipziger Kongress-

bühne bekanntgegeben wurde. Das wird wohl nur der Anfang sein. Vom stillen Widerstand im Betrieb gehen die Unternehmer zum offenen Angriff über. Darauf gilt es gefaßt zu sein, dagegen gilt es zu wappnen. Dies mit aller Deutlichkeit ihren Kollegen einzufächern, muß die erste Aufgabe der Teilnehmer des Betriebsrätekongresses sein. Und den Samen weiterstreuen, den sie in Leipzig erhalten.

### Die Verhandlung

Erster Tag.

Nach 9 Uhr begrüßt Kollege **Leichgräber** (Leipzig) im Auftrage der Leipziger Kollegenschaft den Kongress: Auf Grund seiner Vergangenheit ist Leipzig der geeignetste Ort zur Verhandlung der wichtigen Betriebsrätefragen. Leipzig ist die Wiege der deutschen Sozialdemokratie. Von hier aus ließ **Ferdinand Lassalle** sein offenes Antwortschreiben in alle Gauen Deutschlands gehen. Hier wirkten die bedeutendsten Führer der deutschen Arbeiterbewegung.

Dieser Tagung steht eine tüchtige Arbeit zu leisten bevor. Lassen Sie sich bei Ihren Verhandlungen auf Grund der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse von dem Gesichtspunkt leiten, daß die deutsche Arbeiterbewegung, die Arbeiterbewegung überhaupt, nichts notwendiger braucht als die geschlossene Front der Arbeiterklasse. In diesem Sinne wünsche ich der heutigen Tagung erfolgreiche Arbeit. Ich heiße Sie in diesem Sinne herzlich willkommen. (Lebhafte Beifall.)

Kollege **Dickmann** vom Vorstand: Wir danken für die freundlichen Worte. Wir erwidern den Gruß der Leipziger Arbeiterklasse und begrüßen insbesondere noch unsere Gäste. Wir haben in unserer Mitte eine Reihe von Vertretern verschiedener Regierungen, der deutschen Arbeiterorganisationen und der Arbeiterorganisationen des Auslandes.

Die Tagesordnung zeigt Ihnen, worauf wir bei unseren Verhandlungen besonderen Wert legen. Es sind die

#### Frage der Wirtschaft

die im Vordergrund unserer Erörterungen stehen müssen. Im Vordergrund unserer Betrachtungen stehen nämlich die **Wirtschaftsfragen**. Wir werden nicht vorbeigehen können an den Bestrebungen des Vereins deutscher Industrieller und seinem angeblichen Angebot von Devisenbeschaffungen und den Bedingungen, die die Herren stellen. Wenn der Verein deutscher Industrieller glaubt, mit solchen Bedingungen kommen zu können, dann muß ihm die Antwort gegeben werden, die längst notwendig war.

Wir hoffen, daß dieser Kongress einverstanden sein wird mit den Beschlüssen, die die Vertreter der internationalen Verbände der Bergarbeiter, Transportarbeiter und Metallarbeiter vor kurzem in Amsterdam gefaßt haben. Für die Metallarbeiter aller Länder kann es nur ein Gebot sein: Sie haben die Arme zu kreuzen. Keine Munition, kein Gewehr, Kanone, Kriegsschiff oder sonstiges Kriegswerkzeug, wir schaffen nicht! Kein Transport, weder von Truppen noch von irgendwelchem Kriegsgut. Die Eisenbahnen ruhen, mag mobil machen, wer will. Kein Bergarbeiter fährt in dem Schacht, mögen die Herren, die den Krieg entfachen, selbst fahren.

Bei den Beratungen darf § 109 der Reichsverfassung nicht unbeachtet bleiben:

Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

Artikel 165 spricht davon, daß Arbeiter und Angestellte gleichberechtigt sind, in Gemeinschaft mit den Unternehmern Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln und an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die Betriebsräte sind

#### nicht berufen, Beschäftigungsräte

gegenüber der Arbeiterklasse zu sein (Lebhafte Zustimmung), sondern sie haben das in der Verfassung zugesicherte Mitbestimmungsrecht zu sichern. Laßt uns als gewerkschaftlich organisierte Kameraden den Massen draußen sagen: Als Sozialisten, die wir nur der eigenen Kraft vertrauen, gilt es, planmäßig und diszipliniert in dieser schweren Zeit des Wegs zu ziehen. Ich hoffe zuversichtlich, daß wir am Schluß unserer Beratung sagen können: Wir haben Wertvolles im Interesse der deutschen wie der internationalen Arbeiterklasse geleistet. (Lebhafte Beifall.)

Ich eröffne nunmehr im Auftrage des Vorstandes den Betriebsrätekongress.

**Victor Stein**: Im Auftrag österreichischer Arbeiterverbände begrüße ich den Kongress. Wir in Österreich führen einen Guerillakrieg auf dem Klassenboden des Klassenkampfes. In den Werkstätten ist Tag für Tag die Auseinandersetzung zwischen Betriebsräten und Unternehmern. Der Kapitalismus meint, die Betriebsräte können als Erschleicher oder Leichgräber der Arbeiter kommen als die **Leichgräber der kapitalistischen Ordnung**. Mutig und aufrecht bekennen wir, daß wir durch die Betriebsräteverfassung dem Kapitalismus das Grab zu schaufeln entschlossen sind.

In diesem Sinne begrüße ich den ersten Reichsbetriebsrätekongress der Metallindustrie Deutschlands als den Baumeister einer neuen Zukunft des deutschen Volkes.

Für die sächsische und thüringische Regierung bringt Regierungsrat **Dr. Opiß** das lebhafteste Interesse an dem Kongress zum Ausdruck: Wirtschaftliche Fragen von wichtiger weittragender Bedeutung liegen Ihrer Tagung zugrunde. Möge Ihre Arbeit von Erfolg gekrönt sein. Die großen Gedanken und Anregungen, die wir hier gewinnen werden, wollen wir mit dem festen Vorsatz mitnehmen, sie als unser geistiges Eigentum festzuhalten und nach unserm besten Willen und Können zum Wohle des Vaterlandes in der Praxis zu verwirklichen. (Beifall.)

Von der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale begrüßt **Prolat** die Delegierten und wünscht ihrer Arbeit besten Erfolg.

Der Kongress nimmt die Wahl des Büros vor. Als Vorsitzende werden gewählt: **Dickmann**, **Reichel**, **Rübbe** (Berlin) und **Grießmeyer** (Vielefeld). Als Schriftführer: **Hofe** (Breslau), **Hewe** (Leipzig), **Holl** (Düsseldorf), **Schweig** (Frankfurt a. M.), **Bresl** (Hamburg), **Gethle** (Berlin), **Witt** (München), **Rabitz** (Berlin), **Gamm** (Mannheim), **Paralening** (Essen) und **Wasshork** (Berlin). Sodann wird die Mandatsprüfungskommission ernannt.

Damit ist der Kongress konstituiert. Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

#### 1. Wirtschaftsfragen

- a) Weltwirtschaft. Referent: Professor **E. Lederer**, **Selbberg**
- b) Die deutsche Wirtschaft. Ref.: **Dr. R. Silberding**, **Berlin**
- c) Kohle und Eisen. Referent: **Dito Gué**, **Essen**
- d) Kapitalkonzentration und Sozialisierungsfragen. Referent: **Dr. Einste**, **Stuttgart**

- 2. Aufgaben und Bildung der Betriebsräte. Referenten: **Rob. Dickmann** und **Engelbert Graf**, **Stuttgart**

Zum ersten Punkt spricht Professor **Lederer**: Wenn wir die Weltwirtschaft betrachten, so können wir zunächst feststellen, daß wir eine Weltwirtschaft im eigentlichen Sinne des Wortes erst seit dem Kriege haben. Wenn wir vor dem Kriege die wirtschaftlichen Verhältnisse der ganzen Welt betrachteten, so konnten wir finden, daß jedes Land sein eigenes Gesicht zeigte.

Es war zunächst der Krieg, welcher das Wirtschaftsleben aller Länder in eine ganz bestimmte Richtung hineingewangelt, ob es kriegsführende Länder waren oder neutrale. Die wirtschaftlichen Kräfte aller dieser Länder wurden genau in der gleichen Weise zwangsweise beeinflusst, es konnte sich kein Land diesem Druck der Verhältnisse entziehen. In dem vier Jahre währenden Kriege ergoß sich der Strom des Goldes in die neutralen Länder, so daß diese sich allmählich davon gauten. Dieser Strom von Gold, der dieselbe Erscheinung darstellte wie der Strom des ununterbrochen sich vermehrenden Papiergeldes in der ganzen Welt, ändert doch nichts an der Tatsache, daß die Masse der Güter, von welcher die Menschheit lebt, durch den Krieg sich vermindern mußte und daß der ungeheure Hunger nach Waren nach dem Kriege seinen Höhepunkt erreichte, die Produktion nicht nachkommen konnte. So sehen wir, daß unmittelbar nach dem Kriege sich diese Konjunktur, die während des Krieges eine Inflationskonjunktur war, umsetzte in eine

#### Konjunkturkonjunktur

Diese große Konjunkturkonjunktur ist sämtlichen Ländern der Welt eigenständig. Wir haben über die ganze Welt hin eine Konjunktur, welche die Produktion sehr stark anregt, aber doch nicht so stark anregen kann, als es dem Willen der Menschen, zu konsumieren, entsprechen würde und auch der Möglichkeit der Menschen, zu bezahlen. Infolgedessen sind die Preise in einem Galopp nach oben gestiegen.

Es zeigt sich aber hoch einer der großen Widersprüche des kapitalistischen Systems: Die Gesamtheit der Menschen will konsumieren, die wichtigsten ihrer Bedürfnisse sind nicht befriedigt, der innere Zusammenhang der einzelnen Teile in der Maschine der kapitalistischen Produktion ist plötzlich in Unordnung geraten. Die Menschen, die gern arbeiten und verdienen möchten, werden auf das Pfahler geworfen, die Menschen, welche konsumieren wollen, werden nicht in die Möglichkeit versetzt, die Mittel dafür zu erwerben in einer Welt, welche nach Waren hungert.

#### In welchem Maße der Zusammenbruch der Weltwirtschaft

stattgefunden hat, darf ich Ihnen an einigen charakteristischen Tatsachen veranschaulichen. Zunächst möchte ich als ein Symptom für die tiefgreifende Veränderung in den letzten Monaten darauf hinweisen, daß sich die Preise der ganzen Welt von Grund auf geändert haben. Sie haben sich im Gegensatz zu den Preisen in Deutschland und Österreich sehr stark gesenkt. In den Vereinigten Staaten und England haben wir fast wieder **Friedenspreise**. Diese Senkung der Preise hat nun mit sich gebracht ein Bild der Wirtschaft, das nur als ein Bild der völligen Zerstörung gekennzeichnet werden kann. Wir haben seit November 1920 in der ganzen Welt und in den stärksten Ländern am stärksten eine sich immer mehr ausbreitende und in der letzten Zeit gleichbleibende **Arbeitslosigkeit**. Sie wurde schon im Frühjahr 1921 in den Vereinigten Staaten auf 25 Prozent geschätzt. Ich bitte Sie, zu überlegen, was das bedeutet angesichts der Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland selten mehr als 7 Prozent betragen hat. Wenn wir die Lage mit Rücksicht auf die Arbeiterbewegung prüfen, so ist folgendes zu sagen: Die gewerkschaftlichen Verhältnisse sind in der ganzen Welt viel schwieriger als in Deutschland und Österreich. Selbst die englischen Gewerkschaften, die sehr alt sind und über sehr große Mittel verfügen, können nicht mit derselben Schlagkraft auftreten wie in Deutschland.

#### Gewerkschaften in einer Verteidigungsstellung

Ich brauche nur daran zu erinnern, daß auch die deutschen Gewerkschaften vor dem Krieg bei Krisen immer an Mitglieder verloren haben, weil sie ihre Beiträge nicht bezahlen konnten, wenn sie arbeitslos wurden, und die Gewerkschaften in der Krise machtlos waren. Die Position der deutschen Gewerkschaften ist in der heutigen Krise besser als die westlicher Länder, vor allem deshalb, weil sie ein gut organisiertes Volk haben, das bis in die kleinsten Betriebe die wertvolle Bevölkerung in einer Organisation zu erfassen imstande ist. Diese Tatsachen sollen in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden. Sie erklären es, daß, wenn sich die wirtschaftliche Lage verschlechtern sollte, die Gewerkschaften, wie wir hoffen, den größten Teil ihres Mitgliederbestandes behalten und dadurch verhandlungsfähige und würdige Partner den Unternehmern gegenüber sein können.

Ein zweites Moment hat uns in sehr hohem Maße unterstützt, nämlich, daß sich der Geldwert in Deutschland fortgesetzt verschlechtert hat. Es haben sich die Gewerkschaften gleichsam unter dem Schutzschild der schlechten Währung zu immer größeren und auch für die Unternehmer unentbehrlichen Organen entwickelt. Die Produktion könnte heute keinen Tag ohne die Gewerkschaften existieren, sie sind ein notwendiges Element der Produktion. Dieses würde sich sofort ändern, wenn die Währung stabil wird, wenn die Geldwertverteilung keinen Fortschritt macht, die Preise sich den Weltmarktpreisen angleichen. Dann würde eine weitere Entwicklung der Löhne nicht mehr in demselben Maße möglich sein. Die Widersprüche, auf die die Gewerkschaften stoßen, würden wachsen.

Wir müssen uns daher auf diese Lage vorbereiten. Dieser Vorbereitung dient dieser Kongress. Die Gewerkschaften haben sich nach dem Kriege durch das Betriebsratgesetz einen Unterbau, eine direkte Verknüpfung mit der Produktionsfunktion zu schaffen gesucht. Wir sehen daher, daß heute schon die Unternehmer überall danach trachten, die Bedeutung dieser Betriebsräte, die den Bau der Gewerkschaften auf das feste Fundament zu stellen, zu zerstören, um auch eine schwere Krise zu bestehen, herabzusetzen.

Wir dürfen uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß heute die politischen Verhältnisse noch nicht soweit sind, daß wir annehmen könnten, diese Krise wäre die letzte des Kapitalismus. Demgegenüber ist die einzige Möglichkeit, die Organisationen, die die Position der

Arbeiter halten, auszubauen, sich nicht im sozialen Kampf be-  
zugen zu lassen und von dort aus den Weg zu suchen, zu einer ver-  
nünftigen, planmäßigen Ordnung der Wirtschaft zu kommen, in der  
nicht mehr Millionen von Menschen hungern, die gern konsumieren,  
während sie durch die Gesetze der kapitalistischen Ordnung verhindert  
werden, zu erzeugen und daher auch zu verbrauchen. (Sturm, Weisfall.)

Bei Beginn der Nachmittags-Sitzung erhält Dr. Silberding das  
Wort über

**die deutsche Wirtschaft.**

Nachdem der Medner die Verluste Deutschlands an Land und  
Menschen durch den Krieg dargelegt, fährt er fort:

Wir hatten nicht jene Zerstörung der Industrie, wie etwa Belgien  
oder Frankreich. Die Erholung der deutschen Wirtschaft im Jahre 1920  
ist ganz außerordentlich beschleunigt worden durch eine ganz bestimmte  
Art der Industriepolitik. Unsere Industrie hatte sehr bald erwidert,  
daß die beste und die gesetzmäßigste Form, dem Staate keine Steuern  
zu zahlen, die ist, möglichst große Defiziten anzulegen.

Der gesundenden Wirtschaft steht der

**Frankende Staat**

gegenüber. Von ihm wird behauptet, daß er unrettbar verloren sei.  
Dieser Widerspruch ist bald geklärt. Im Gegensatz zu England haben  
wir im Kriege die Steuern kaum vermehrt. In vier Kriegsjahren  
ergab die englische Erbschaftsteuer 7 1/2 Milliarden Goldmark, während  
bei uns die Anleihen vermehrt oder die Notenpresse schneller laufen  
gelassen wurde. Der Staat hat fortwährend Geld ausgegeben, ohne  
Rücksicht auf die wirkliche Produktion, dadurch wurde eine künstliche  
Kaufkraft geschaffen. Einer geringeren Warenmenge stand eine immer  
größer werdende Geldmenge gegenüber. Dies mußte zur Folge haben,  
daß diese künstlich geschaffene Nachfrage nach Waren die Warenpreise  
ständig in die Höhe trieb.

Unter allen Waren aber folgt eine der Geldentwertung am  
langsamsten: die Ware Arbeitskraft. Das hat seine bestimmten  
naheliegenden Gründe. Wir können dieselbe Erscheinung, die wir  
jetzt in Deutschland sehen, bereits in der Geschichte aller Geld-  
entwertungsperioden beobachten. Je länger die Geldentwertung dauert,  
desto häufiger werden die Lohnkämpfe. Wir sehen zu einer Zeit, wo  
die Teuerung bereits das 18- bis 25fache erreicht, der Arbeitslohn  
nur um das 12- bis 16fache gestiegen ist.

Dazu kommen noch diejenigen Wirkungen der Geldentwertung,  
die aus der verschiedenen Bewertung der Mark im In- und Aus-  
land folgen. Solange die Mark beständig im Steigen ist und abfällt,  
bekommt derjenige, der Produkte ins Ausland ausführt, einen Betrag,  
der dann in Deutschland in ein viel höheres Sachkapital umziehen  
kann, als es etwa der auswärtigen Zahlung entsprechen würde. Der  
deutsche Fabrikant kann weiter seine Wettbewerber in den valuta-  
starken Ländern unterbieten, so daß sich diese durch Errichtung von  
Zollschutzmauern zu schützen versuchen. Die Verhältnisse werden  
noch durch die Reparationslasten verschlechtert. Diese Last muß in  
Waren abgetragen werden. Davon haben die ausländischen Wirt-  
schaften einen sehr schweren Nachteil.

Nach allem hin ist es für uns also eine entscheidende Frage,  
daß die Reparationslasten abgeändert werden durch Vermeidung  
von Verzinsung in Schleichzahlung. Ich möchte betonen, daß dies  
Programm, das sich heute immer mehr die Geister auch der  
Kriegsgeheimen, zuerst in den Vordergrund gestellt worden ist von der Amster-  
damer Gewerkschafts-Internationale, wo mit größtem Nach-  
druck verlangt worden ist, daß diese Fragen, die international sind,  
auch international geregelt werden, erstens durch eine vernünftige

**Regelung der Rohstoffverteilung der ganzen Welt,**

dadurch, daß die Staaten wenigstens auf diesem Gebiete der erzwungenen  
Wirtschaft sich eine gewisse Organisation geben.

Der Medner fordert im weiteren Maßnahmen, die zur Verlang-  
samung der Notenpresse geeignet sind. Er verlangt die schnelle und  
rücksichtslose Eingliederung des Reichsnotopfers und die Erfassung  
der Sachwerte. Durch die letztere könne der Staat die Steuern an  
ihre Quelle fassen und die Hinterziehung unterbinden. Daß sich die  
Unternehmer dagegen wenden, ist bekannt. Sie wollen dem Staat  
auf diese Weise helfen. Aber das Wie gibt die Kreditation der  
deutschen Industrie Auskunft.

In Deutschland hat sich der Kapitalismus durch die Truifbildung  
in einem weit höheren Maße als vor dem Kriege organisiert. Es ist  
eine Herrschaftsorganisation, die aber heute auf einer ungeheuer  
breiten Front angegriffen ist. Ökonomisch bedeutet die Revolution,  
die wir durchgemacht haben, daß die Stellung der Arbeiter im Pro-  
duktionsprozeß eine andere geworden ist. Die Stellung, die der  
Betriebsrat im Betriebe einnimmt, ist heute noch eine bescheidene  
und entspricht nicht unseren Wünschen. Aber es ist die Basis damit  
genommen, die erweitert werden kann, die Basis, die ungeheuer trag-  
wichtig ist als die war, die wir vor dem Kriege gehabt haben.

Das Bestreben der Betriebsräte und der Gewerkschaften muß  
dahin gehen, diese Herrschaftsorganisation umzuwandeln in eine  
demokratische, in der jeder Produzent gleichberechtigt ist und der  
einzelne von dem andern sich nur unterscheidet durch seine individuelle  
Leistung und Fähigkeit. So erweitert die Forderung des Sozialis-  
mus aus der unmittelbaren Betätigung der Arbeiter, der Betriebsräte  
im Betriebe sowie der Gewerkschaften. So kann jeder einzelne Betrieb  
zum Schauplatz des Kampfes werden. Aber diese Basis ist tragfähig,  
ist fest. Von dieser Basis aus muß sich dieser Kampf entspannen,  
weil er durch die Bedingungen ihrer Stellung im Betriebe ihnen  
selbst auferlegt und aufgegeben ist. In diesem Geiste müssen  
die Betriebsräte Deutschlands wirken, in einem

**wirklich sozialistischen Geiste,**

welk nur dann, wenn sie sich von diesem Geiste beeinflussen lassen,  
wenn sie ihrem ganzen Kampfe zugrunde legen nicht das Bangen  
um den kommenden Tag, sondern die große Idee der Freiheit, nur  
dann werden sie diesen Kampf mit jener Geschlossenheit und Sta-  
gung führen, die notwendig ist, um zum Ziele zu gelangen. (Ein-  
stimmiger Beifall.)

Die Ansprache beginnt. Es nehmen daran teil die Kollegen:  
Hland (Eisenach), Grafe (Berlin), Lase (Bremen), Brattkopf  
(Gleiwitz), Herold (Kassel) und Schweiß (Frankfurt). Nach Schluß  
der Ansprache erhält Dr. Silberding und dann Prof. Lederer  
das Schlußwort. In der Ansprache hat durchgehend in jedem  
Satz ein bestimmtes Wort, konnten die Referenten für Schlußwort zur  
Ergänzung ihrer vorläufigen Beiträge benutzen. Lederer Beifall wurde  
Prof. Lederer zuteil, als er am Ende des Schlußwortes den Betriebs-  
räten sagte:

„Alle schaffen Sie erst den Sozialismus in den Köpfen  
der Arbeiter, dann wird er sich auch in der Realität ver-  
wirklichen und dann wird es nicht mehr notwendig sein, ihn auf  
Bajonetten zu setzen (Gruß).“ Dann auf diesen Hinweis der  
Sozialisten noch weniger sitzen als die Mächte, die durch  
ihre historische Vergangenheit es besser gelernt haben als  
die Arbeiter, sich auf Bajonetten zu setzen.“

Es wird jedermann ungenügend einstimmig die folgende Entschlie-  
ßung angenommen:

Der in letzter Instanz durch das imperialistische Machtwort  
der großen kapitalistischen Staaten verursachte Weltkrieg hat mit  
Verletzung und Entschleierung der Wirtschaft gerendet. . . . Die  
verderblichen Wirkungen der Weltkriege werden für Deutschland ver-  
schärft durch die Herrschaft des Staatensystems, durch die schweren  
Verluste des Friedensvertrages, durch die Weltentwertung. . . . In  
dieser Lage wird die Wiederherstellung der Wirtschaft gleichsam  
zu einem internationalen wie zu einem nationalen Problem.

International bedarf es der Revision der wirtschaftlichen  
Verhältnisse des Friedensvertrages:

- 1. durch Ermöglichung der Wiederherstellung durch möglichst ma-  
ßgebende Umwandlung der Bestimmungen in Entschleierungen,
- 2. durch Stabilisierung der Währungsverhältnisse,
- 3. durch Gewährung eines Zahlungsaufschubes bis zur Erholung  
der deutschen Wirtschaft,
- 4. durch eine internationale Kredithilfe.

**National ist notwendig:**

1. Die Gewährung des Staatenschatzels und die Ermöglichung der Noten-  
presse deren Tätigkeit sich als eine schwere indirekte Steuer andeutet,

2. zur Aufbringung der Reparationslasten die Erfassung der Sachwerte,  
d. h. die Beteiligung des Reiches an den Produktionsmitteln,  
3. Ausbau der Sozialpolitik zur Erhaltung und Steigerung der  
Arbeitskraft.

Der Kongress stellt sich mit allem Nachdruck hinter die von den  
Vorständen des A.D.G.B. und der Afa aufgestellten zehn Punkte  
und fordert die Spitzenverbände auf, mit allen Mitteln für die  
Verwirklichung dieser Forderungen einzutreten. . . .

**Der zweite Verhandlungstag**

beginnt mit dem Referat Otto Fues über

**Kohle und Eisen.**

Der Medner gibt einen geschichtlichen Überblick über die technische  
Entwicklung der Eisenindustrie. 1840 wurden erst 5 Millionen, 1870  
12 Millionen Tonnen Eisen erzeugt. Die Erfindung Bessemer's  
revolutionierte die gesamte Eisenerzeugung. Ohne dessen und die  
Erfindung Martin's wäre eine Massenerzeugung gar nicht möglich  
gewesen. Auch der Kohlenabbau ist ein Kind des 19. Jahrhunderts.  
Zu Anfang des vorigen Jahrhunderts haben die vier großen Kohlen-  
länder bloß 12 Millionen Tonnen jährlich gefördert.

Wer Kohle und Eisen besitzt, fährt der Medner fort,  
besitzt im Grunde die politische Macht.

In der Geschichte der modernen Kriege spielte diese Erbschichte die größte  
Rolle. 1911 standen wir in Deutschland bereits vor einem Krieg, nur weil  
es dem Vianessmann-Kongress nach den marokkanischen Eisenzeren ge-  
willtete. Der letzte Weltkrieg offenbarte das Verlangen der deutschen  
Industrie nach den nordfranzösischen und den belgischen Kohlenbecken.

Da nach dem vierzehnjährigen Kriege der Sieg auf die andere  
Seite gefallen ist, ist Frankreich in den Besitz des weitaus größten  
europäischen Eisenerzgebietes gelangt, in dem, nach Metallgehalt  
gerechnet, nicht weniger als 8820 Millionen Tonnen Eisenerz lagern.  
Deutschland steht neben diesem Frankreich mit nur noch kaum 400 Mil-  
lionen Tonnen, daneben Schweden mit 645, England mit 862, die  
Ukraine mit Rußland zusammen mit 400 Millionen Tonnen, die  
aber längst noch nicht ausgenutzt sind.

Der Krieg hat in allen Ländern eine Depression in der Stahl-  
und Eisenindustrie verursacht. Gegenüber einer Weltproduktion von  
80 Millionen Tonnen Eisen 1913 steht eine Erzeugung von 52 Mil-  
lionen Tonnen im Jahre 1919, die 1920 auf 59 Millionen Tonnen  
gestiegen ist. Bedarf ist reichlich vorhanden, die Massenverarmung  
der Völker, die Staatenverschuldung läßt es nicht mehr zu, den  
natürlichen Bedarf zu decken.

Die Kohlenlage in Deutschland ist nicht erfreulich. Es ist nicht  
so, daß Kohlenmangel herrscht. Wir haben einen großen Abwas-  
mangel gehabt und Feherschichten eingelegt. Sogar in dem Steinko-  
hlenbezirk Niederschlesien herrscht Abwasungsmangel. Nur durch den  
Sturz der Mark ist es ermöglicht worden, daß die bereits mit Fehers-  
schichten, Entlastungen und Entladung bedrohten Braunkohlenberg-  
werke wieder a. n. m. g. in Betrieb sind.

Unsere Kohlen- und Eisenpreise sind gewaltig gestiegen, haben  
aber den Weltmarktpreis noch nicht erreicht. Im Vergleich zu den  
Löhnen in England und Amerika werden geradezu Hungerlöhne bei  
uns gezahlt. Als Ausweg aus der Krise können nicht Lohnkürzungen  
in Frage kommen, sondern nur ein umfassender Preisabbau. Was  
haben unsere Unternehmer für ein Mittel zur Behebung der Krise?  
Abkürzung des Achtstundentages? Warum soll denn die Schicht  
verlängert werden? Das ist einer der Widersprüche des Kapitalismus.  
Er leidet an Überflut von Waren und den drohenden Erstickungstod  
wird er durch Vermehrung der Erstickungsmittel verhindert.

Aus diesen Widersprüchen ist ohne Umwandlung der kapita-  
listischen Produktionsweise in eine Bedarfswirtschaft nicht heraus-  
zukommen. In der Eisen- und Kohlenindustrie sind die Dinge für  
die Umwandlung reif. Der Bergbau ist in den Händen weniger  
großer Konzerne, die Hütten-, Stahl- und Eisenindustrie ebenfalls.  
Technisch-organisatorisch sind die Bedingungen für die

**Sozialisierung der Kohle und des Roheisens,**

um nicht sehr vorsichtig auszubringen, bereits erfüllt. Wer Kohle  
und Eisen besitzt, besitzt den Schlüssel nicht nur zur wirtschaftlichen,  
sondern auch zur politischen Macht (Sehr gut). besitzt auch aus-  
ländische Zahlungsmittel (Sehr richtig), mit deren Hilfe er dem  
Staat an die Gurgel fahren kann. Ich will nicht verhehlen, wie  
ich über die einzelnen in Betracht kommenden Persönlichkeiten denke.  
Ich kenne eine ganze Menge von ihnen persönlich. Bitte, überschätzen  
Sie die sogenannten Industriekapitäne nicht! Nach der Bekanntheit  
mit manchem von ihnen habe ich mir gesagt: es ist gut, daß das  
Publikum bereits erjunden ist. (Heiterkeit.) Sie außerordentliche Tätig-  
keit dieser Menschen, die Verlehtung ihrer Interessen mit allen  
möglichen Mitteln bringt es mit sich, daß sie unterdrückt werden,  
und dies ist ihre Macht. Sie zügeln geistige Arbeit aus. Wenn  
man den Betriebsräten genauen Einblick in sämtliche Vorkorgänge  
von der Entzindung des Rohprodukts bis zur Tätigkeit der aus-  
ländischen Faktoreien gibt, dann werden die Betriebsräte mit einer  
Summe von volks- und weltwirtschaftlichem Wissen hierher treten  
und uns belehren können.

Aufgabe der Betriebsräte ist es, die Gebühungslosten zu prüfen.  
Bei Kohle und Eisen rechtfertigen die Gebühungslosten die jetzigen  
Kohlen- und Eisenpreise nicht. Es ist zu bedenken, daß auch Arbeiter-  
kriege durch das Schlagwort Zwangswirtschaft sich beeinflussen lassen  
und damit der Preissteigerung, die durch die Zwangswirtschaft gebrannt  
war, Vorstoß gegeben wird.

Das schließt unter lebhaftem Beifall mit einem Appell, die Ein-  
heitsfront herzustellen, wie die Kapitalisten bereits in der  
Einheitsfront es tun, um damit die Möglichkeit und die Gewißheit  
zu schaffen für den Sieg des Sozialismus.

**Es schließt sich das Referat**

**Kapitalkonzentration und Sozialisierungsfrage**

von Dr. Einsteiln (Stuttgart) an: Im Laufe der kapitalistischen  
Entwicklung wurden die Kreisbewegungen des gegenwärtigen Systems  
klar erkannt und der Versuch gemacht, organisatorische Gegenmaß-  
nahmen zu treffen. Man hat von kapitalistischer Seite versucht, Kon-  
kurrenz- und Arbeiterkämpfe anzuschließen durch die Bildung von  
Unternehmensverbänden, zunächst in der Form von Kartellen. Sie  
wollten durch freie Vereinbarung bindende Verpflichtungen auf sich  
nehmen. Die Entwicklung der Kartelle ist sehr richtig. Sie ist ein  
Vorbereitungsdar, daß die kapitalistische Ordnung eine Umordnung ist  
und daß, wenn diesem Schilde ein anarchischer Zug anhaftet, nur  
vorübergehende Ordnung gehalten werden kann. Das gestellte Ziel ist  
den Kartellen nicht gelungen, denn die Profitgier und die Unter-  
nehmensrivalität lassen sich nicht binden durch die Bestimmungen von  
Kartellen.

In Beginn des vorigen Jahrzehnts spielte sich im rheinisch-west-  
fälischen Industriegebiet ein Kampf ab, der heute noch nicht ab-  
geschloffen, für ausbrückt in der Gegenwart der reinen Unternehmungen,  
zu noch den Kohlestein und nach dem Absatz hin zu erweitern und zu  
begründen.

Für die Ausbreitung der Kartelle ist noch maßgebend die Volk-  
wirtschaft, das Verhältnis zwischen Geld- und Papiermark. Die  
Stabilität der Banken spielt ebenfalls eine Rolle. Das Streben,  
sich frei zu machen von Kartellbindungen, bringt die Möglichkeit des  
Zusammenstehens von finanziell gut und schlecht stehenden Unter-  
nehmungen.

Der Hauptgrund bleibt aber die Steuerpolitik des Unternehme-  
ntums. Es gibt keine bessere Möglichkeit, Kapitalisten zu verstehen und  
den Eingriff der jetzigen Steuerpolitik zu entziehen, als im  
eigenen Haus anzusetzen. Hier offenbart sich die ganze Staatsfahrlässigkeit  
der Einzelstaaten.

Der Kongress erklärt die gewaltige Ausbreitung des Stimm-  
kongresses, A.G.S.-Kongress u. a., die weit über die Grenzen Deutsch-  
lands reichen. Derselbe Vorgang spielt sich in anderen Ländern ab  
und kann zeigen sich die Interessen dieser Industriemächte und  
ihnen fortgesetzt zu politischen Konflikten.

Wenn wir uns das Betriebsrätegesetz ansehen, so fällt uns der  
Massende Gehalt zwischen dieser industriellen Entwicklung und der  
Rechtslage auf, auf welcher die sogenannte Wirtschaftsdemokratie  
gegenwärtig aufbaut ist. Im Betriebsrätegesetz wird immer noch der  
Betrieb zur Grundlage der Wirtschaftseinheit gemacht und nicht die

Unternehmung. (Sehr richtig!) Die Unternehmung gewinnt aber an  
Bedeutung, je mehr sich diese Konzentration vollzieht, der Betrieb  
wird zum bedeutungslosen Faktor in der kapitalistischen Entwicklung.  
Auf der Grundlage des Betriebes sind die Betriebsräte zusammen-  
hanglos, isoliert, ohne Beziehung zu den großen Verbänden. Die  
Kongresszusammenschaltung ist notwendig.

Es ist nun Aufgabe der Betriebsräte, in den Betrieben darüber  
zu machen, was vorgeht, ob es nicht ausfällt ist, daß in gewissen  
Zeitpunkten die Rohstoffe aus einer Quelle fließen und die Fertig-  
fabrikate nach einer bestimmten Stelle gehen. Eine genaue Über-  
wachung der ganzen Vorgänge muß uns in den Besitz dieser Kennt-  
nisse setzen. Wir sind der Ansicht, daß die rücksichtslose Zusammen-  
fassung der Rentabilitäts- und Produktionsdaten logisch eine Voraus-  
setzung der Sozialisierung ist. Mit dem wachsenden Einfluß der  
großen Unternehmungen muß der Einfluß der Arbeiterkraft wachsen.  
Es muß mehr Verständnis für die Produktionsnotwendigkeiten und  
-vorgänge aufgebracht werden.

In der Diskussion kritisiert Ehrlie (Mannheim), daß der  
A.D.G.B. noch nicht den Mut ausgebracht hat, einen allgemeinen Be-  
triebsrätekongress einzuberufen. Dies ist jetzt das Allerwichtigste.  
Aus dem Gend kommen wir nur heraus, wenn wir die heutige Ge-  
sellschaftsordnung durch die sozialistische ablösen. Karjchewski  
(Danzig) schildert die wirtschaftliche Lage der freien Stadt Danzig.  
Die Vertragschäfte Rußlands kommen für den Aufbau der Weltwirtschaft  
in Frage. Krüger (Berlin) und Seilmann (Frankfurt) be-  
dauern die Unemigkeit der Arbeiterkraft. Angehört der geschlossenen  
Macht der Unternehmerklasse muß sich die Arbeiterkraft zusammen-  
finden. Dann wird Friede und Freiheit sein.

Vom Vorstehen wird die Rede Bloch (Münster), der bez  
deutschen Sprache nicht mächtig ist, verlesen. Trotz aller Schwierigkeiten  
werden wir uns in dem Abstimmungsgebiet, das an Polen fallen soll,  
als wahrige Sozialisten behaupten und für die Internationale und  
das Proletariat kämpfen. Im gleichen Sinne äußert sich Knappig  
(Göndenburg). Er spricht im Namen von 30000 Kollegen, die nun  
zu Polen kommen.

Gen. S. (Berlin) beschäftigt sich mit der Frage der Sozial-  
isierung und legt eine Resolution vor. Medner (Stuttgart) schiebt  
die Schuld an unsern heutigen Gend der Arbeitgebergemeinschaft  
zu, was von Vrcsl (Hamburg) bestritten wird. Die vertikale Ver-  
teilung können wir als Sozialisten begrüßen und später einmal  
unsern Zweck dienlich machen. Karjgel vom Klöner-Kongress  
findet, daß wir erst seit dem Kriege Weltwirtschaft treiben. Früher  
trieben wir nur Volkswirtschaft.

Dihmann (Stuttgart): Es erscheint dringend notwendig, daß  
sich der erste Betriebsrätekongress der Metallindustrie geschlossen und  
konsequent auf den Boden der Beschlüsse stellt, wie sie von den inter-  
nationalen Metallarbeiterkongressen in diesem und im vorigen Jahre  
gefaßt worden sind, ebenso auf den Boden der Beschlüsse von Amster-  
dam. Wir protestieren gegen die Eingriffe der interalliierten Kontroll-  
kommission in das deutsche Wirtschaftsleben. Die französische und eng-  
lische Arbeiterkraft muß Solidarität für uns üben. Die Resolution  
Marquardt-Ziffand nennt offene Lügen ein. Wenn behauptet wird,  
der Verband müße die Konjunktur nicht aus, so verweise ich auf die  
Zatsache, daß wir in der letzten Zeit laufend 120000 Mann im Kampf  
haben hatten. Dieser Kongress muß dazu beitragen, daß der Wille, die  
Kampfbereitschaft zu erhalten, gefördert wird.

Werger (Münster) spricht zum Verbot des Baues von Diesell-  
motoren. Die Fortzierung der Dieselmotoren kann nur Konkurrenz-  
rücksichten entspringen.

Im Schlußwort geht Dr. Einsteiln auf die in der Diskussion  
aufgeworfenen Fragen ein. Die Behauptung, das Betriebsrätegesetz  
habe uns vollkommen entrechtet, ist vollständig falsch. Das Betriebs-  
rätegesetz ist so schlecht, wie es von den Betriebsräten angewandt wird,  
und es ist so gut, wie die Betriebsräte es verstehen, etwas daraus zu  
machen. Wenn das Zusammenarbeiten mit den Angestellten oft kein  
gutes ist, so tragen in diesen Fällen die Betriebsräte die Schuld, die  
versuchen, aus den Betriebsräten ein Parlament mit vielen Fraktionen  
zu machen und dabei ihre wirtschaftlichen Aufgaben veräußen. Auf  
dem wirtschaftlichen Kampfessboden werden sich Kopf- und Hand-  
arbeiter zusammenfinden. Zur Sozialisierung kommen wir, wenn wir  
bei der Schlüsselindustrie, also Kohle und Eisen, beginnen. Dann sind  
sozialisierungsweise die großen Industrieunternehmungen, die bei Kohle  
und Eisen beginnen, schon eine Konzentration bis zur Fertigungsindustrie  
haben. Das Schlagwort von der persönlichen Initiative der Unter-  
nehmer ist durch die Entwicklung überlebt, das hat uns die bisher  
beobachtete horizontale Konzentration bewiesen. Führen wir, Ar-  
beiter und Angestellte, den ersten Streik gegen die Wirtschaft, daß wir  
die Köpfe revolutionieren und sie von Vorurteilen reinigen. (Webhafter  
Beifall.)

**Einmütig angenommen wurde die folgende Resolution:**

„Die kapitalistische Wirtschaft hat sich in letzter Zeit durch durch-  
greifende Umorganisation wesentlich verändert. Der Arbeiterkampf  
steht in einem großen Teil der Industrie nicht mehr der isolierten  
Unternehmer gegenüber. Die nur vereinbarenden, nicht aber geeinigten  
Form des Kartells hat großen Konzernern Platz gemacht, die durch  
Zusammenschaltung der Produktion von den Rohstoffen bis zu den  
Fertigfabrikaten sich zu riesenhaften Machtgebilden entwickelt haben.  
Diesen Unternehmungsformen steht heute die Arbeiterkraft gegenüber.  
Sie müssen ins Auge gefaßt und an ihnen muß die Vertretung der  
Arbeiterkraft in den Betrieben gemessen werden.“

Es ist Pflicht und Willen der gesamten Arbeiterkraft und ihrer  
berufenen Vertreter in den Betrieben, sich in die volkswirtschaftlichen  
Rahmverhältnisse zu vertiefen und in die gesamten Produktionsvor-  
gänge der Unternehmungen einzuleben. Die durch den Artikel 165 der  
Verfassung den Arbeitern garantierte Gleichberechtigung in der Füh-  
rung der Wirtschaft steht im Widerspruch zum § 50 des Betriebsräte-  
gesetzes, da auf Grund dieses Paragraphen nur die örtliche Bildung  
von Betriebsrätevertretungen gesetzlich ist. Deshalb fordern die auf  
den Reichsbetriebsrätekongress der Metallindustrie versammelten Be-  
triebsräte mit allem Nachdruck eine Änderung des Gesetzes, vor allem  
des § 50, weil er in keiner Weise der neuen Wirtschaftslage Rech-  
nung trägt.“

**Einmütig erfolgte die Annahme der weiteren Resolutionen:**

- 1. Der erste Reichsbetriebsrätekongress für die Metallindustrie  
nimmt den Beschlüssen der internationalen Metallarbeiterkongresse von  
Kopenhagen (1920) und Luzern (1921) sowie den damit überein-  
stimmenden Kundgebungen der Amsterdamer internationalen Kon-  
ferenz der Metallarbeiter-, Transportarbeiter- und Bergarbeiterver-  
bände vom 15. und 16. November dieses Jahres rücksichtslos zu  
Pflicht der deutschen wie der internationalen Arbeiterklasse ist es, alle  
Kräfte einzusetzen, um Kriege in Zukunft unmöglich zu machen.
- 2. Die deutschen Metallarbeiter werden mit allem Nachdruck darauf  
dringen, daß die Umstellung früherer Kriegsinindustrie zur Produktion  
nützlicher und gesellschaftlich notwendiger Gegenstände reiflich erfolge.  
Der Kongress führt sich einig mit den Betriebsräten der Deutschen  
Berge, wie anderer Betriebe, die aufs schärfste darüber wachen, daß  
die Friedensbedingungen strikte befolgt werden, die verlangen, feindlich  
Gegenstände zu produzieren, die für Kriegsbedarf in Frage kommen.
- 3. Der Kongress muß jedoch aufs entschiedenste protestieren gegen  
Forderungen der interalliierten Kontrollkommission, die nicht die Ver-  
hinderung einer Anfertigung weiteren Kriegsmaterials erzielen,  
sondern folgenreichere und unerträgliche Eingriffe in die Friedensproduktion  
der deutschen Wirtschaft darstellen und gleichzeitig in ihren Wirkungen  
die deutschen Arbeiter ernstlich schädigen.

Dies betrifft insbesondere:

- a) das Verbot des Baues schnelllaufender Dieselmotoren, die der  
Friedensindustrie dienen sollen;
- b) die Förderung weiterer Fortzierung von Maschinen, Einrich-  
tungen und Gebäuden der Deutschen Berge, die für die Er-  
zeugung von Friedenswaren in Betracht kommen.

Das Interesse der Arbeiter erfordert dringend, daß diese un-  
berechtigten Verbote und Forderungen aufgehoben werden.“

Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die sich mit der  
Lebensmittel- und der Wohnungsnat beschäftigt.  
Die kommunistische Resolution Marquardt-Ziffand wurde als  
ledigt betrachtet. (Fortsetzung folgt.)

# Liga zum Schutze gegen die Übergriffe der Betriebsräte

Wir beileben uns, das folgende, sicherlich sehr interessante Rundschreiben mit einigen Erleichterungen der Öffentlichkeit zu übergeben. Die Schriftleitung.

## Aufruf an die Herren Arbeitgeber!

Es dürfte wohl allgemein bekannt sein, daß sich seit Einführung des Betriebsrätegesetzes das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wesentlich verschlechtert hat. Schuld an diesen Zuständen ist nun aber nicht das Gesetz an sich, denn die Berechtigung desselben wird ja nicht bestritten, sondern die im Sinne des Klassenkampfes ganz einseitig gefühlten Betriebsräte. Die radikalen Betriebsräte erblicken im Betriebsrätegesetz ein Klassengesetz, demzufolge ist ihr ganzes Sinnes und Trachten darauf gerichtet, dasselbe nach Möglichkeit zu sabotieren. Sie versuchen mit allen Mitteln, ja selbst unter Anwendung von Terror, sich Neuzugewinn, die ihnen nach dem Betriebsrätegesetz gar nicht zustehen.

In vielen Fällen ist es ihnen auch leider gelungen, und wohl hauptsächlich in den Betrieben, wo der Arbeitgeber oder seine Vertreter wegen Mangel an Zeit sich nicht so eingehend mit dem Betriebsrätegesetz befassen konnten, wie es eigentlich im Interesse des Betriebes erforderlich gewesen wäre. Wer das zweifelhafteste Vergnügen hat, sich mit den Betriebsräten vor den Schlichtungsausschüssen herumstreiten zu müssen, der wird die Wahrnehmung machen, daß vielfach die Handlungsweise der Betriebsräte bis hart an die Grenze der Gemeinheit und Brutalität geht. In jedem Worte spiegelt sich der Haß, weil das eingeführte Betriebsrätegesetz nicht den radikalen Wünschen entspricht und sich der Gesetzgeber nicht entschließen konnte, den Arbeitnehmern nur Rechte einzuräumen und den Arbeitgebern nur Pflichten aufzuerlegen...

Die Arbeiter werden nicht aufgefressen, sondern sie werden verdummt und irreführt, sie werden teilweise von gewissenlosen Betriebsräten aufgehetzt und aufgefordert, durch ihre Arbeitsweise und ihre Arbeitsmethode an der Vernichtung der Privatunternehmungen teilzunehmen...

Nun ist aber die Tatsache zu verzeichnen, daß in den meisten Fällen sich gerade die unfähigsten Arbeiter am radikalsten gebärden. Macht nun der Arbeitgeber vor dem ihm zustehenden Rechte der Entlassung Gebrauch, so verschangen sich die Arbeitnehmer hinter den § 84 B.G.B. Dieser besagt, eine Kündigung ist unwirksam, wenn sie eine unbillige Härte darstellt. Der Begriff „unbillige Härte“ wird aber von den meisten Betriebsräten absichtlich oder aus Unwissenheit falsch ausgelegt...

Der § 84 soll doch nur eine Sicherung gegen besondere Härten bedeuten. Bei der Beurteilung dieser Härten ist nicht nur die Person des Arbeitnehmers zu berücksichtigen, sondern auch die des Arbeitgebers. Hat der Arbeitgeber Grund, nicht nur einmal, sondern dauernd mit dem Arbeitnehmer unzufrieden zu sein, so mag für jenen die Entlassung hart erscheinen, sie kann aber keineswegs als unbillige Härte angesehen werden, denn der Arbeitnehmer kann doch durch sein Verhalten die Entlassung vermeiden...

Für den Arbeitgeber würde es aber eine ganz besondere Härte bedeuten, würde ihm die Entlassung unfähiger Arbeiter verweigert sein...

Es kann ferner wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß es im Interesse des gewerblichen Ausblühens unbedingt notwendig ist,

mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Übergriffe und unberechtigten Annahmen der Betriebsräte zu bekämpfen...

Die Herren Arbeitgeber müssen sich aus ihrer teilweisen bisherigen Gleichgültigkeit, aus ihrer „bezaglichen Verzweiflung“ aufraffen, sie müssen mit Mut und Energie den Kampf mit den Feinden ihrer Existenz aufnehmen und fortsetzen bis zum siegreichen Ende...

Es dürfte sich wohl keiner der Herren Arbeitgeber der Einsicht verschließen, daß in den wenigsten Betrieben Beamte vorhanden sind, die das Betriebsrätegesetz so beherrschen, um sich wirksam gegen die zum Teil überlegene Schlauelei des Gegners zu schützen. Denn betrachtet man das Betriebsrätegesetz genau, so wird man finden, daß die meisten Forderungen, die die Betriebsräte stellen, unverschämte Annahmen bedeuten.

Als Arbeitgeber und ihre Vertreter müssen deshalb mit Argusaugen darüber wachen, daß nicht der geringste Übergriff der Betriebsräte, die geringsten unberechtigten Annahmen ungeführt bleiben. Es muß in jedem einzelnen Falle taktvoll, aber energisch dagegen eingeschritten werden. Wie jedes Übel, so muß auch dieses, um beseitigt werden zu können, an der Wurzel angefaßt werden. Es muß den Betriebsräten der Nährboden entzogen werden und ihnen nicht mehr Freiheit innerhalb der Betriebe gestattet sein, als wie es unumgänglich notwendig ist.

Betrachten Sie doch einmal Ihre Betriebsräte, meine Herren, in welcher gewichtigen Position sie sich fühlen. Sie betrachten sich schon in vielen Fällen als Diktator und erdreisten sich Eingriffe in die Betriebsführung.

Es bedarf wohl keines Beweises, daß hier eine Abwehr dringend notwendig ist.

Deshalb ergeht an alle Herren Arbeitgeber Deutschlands der Aufruf, unsere Bestrebungen nach Kräften fördern zu helfen und umgehend ihren Anschluß an die „Liga zum Schutze gegen die Übergriffe der Betriebsräte“ zu vollziehen...

Erklären Sie bitte bis spätestens Anfang Dezember 1921 Ihren Anschluß, der auf einem Postchecküberweisungsfomular vermerkt werden kann, damit Sie bereits in der Gründungsversammlung, die Mitte Dezember hier stattfinden soll, aufgenommen werden können.

Alle Bekanntmachungen werden in einer großen Zahl von Tageszeitungen, die noch näher bezeichnet und als ständiges Organ benutzt werden, veröffentlicht.

Zur näheren Orientierung erscheinen in zwangloser Reihenfolge vertrauliche Mitteilungsblätter über alle wichtigen Fragen des Betriebsrätegesetzes, die nur für Mitglieder bestimmt sind und kostenlos zugesandt werden.

Im Interesse der guten Sache ist die Höhe des einmaligen Beitrages unbeschränkt, muß jedoch in Anbetracht der bevorstehenden hohen Kosten mindestens 30 Mark betragen. Man wolle in Betracht ziehen, daß alle Auskünfte, Vertretungen und sonstige Unternehmungen völlig kostenlos erfolgen.

Gründungs-Komitee der Liga zum Schutze gegen die Übergriffe der Betriebsräte.

- Max Zimmer, München Joseph Böhmer Dortmund
- Rudolf Langhans, Berlin August Schütz, Würzen.

# Gewerkschaften u. Sozialversicherung

Von August Karpen, Weins

Die deutsche Sozialversicherung geht mehr und mehr dem Ruin entgegen. Vor dem Kriege waren die Leistungen der Sozialversicherung schon äußerst unzulänglich. Heute aber schauelt die größte und schwerer werdende Wirtschaftskrise der Sozialversicherung bereits das Grab. Jeder Tag bringt stärkere Einschnitte der Reallohnleistung und damit größeren Elend den Sozialhilfsbedürftigen. Das zurzeit einzige Hilfsmittel, eine durchgreifende Hilfsaktion des Reiches, wird von den maßgebenden Stellen abgelehnt. Der Reichstag sieht der Not der Sozialhilfsbedürftigen völlig untätig gegenüber. Einige Worte des Bedauerns, auch ab und zu Versprechungen sind die einzigen Ergebnisse aus der Feststellung der großen Not.

Was nützt es, wenn 20, 50 oder 100 A oder noch etwasmehr den Sozialrentnern monatlich mehr gegeben werden, währenddem auf der anderen Seite die Wirtschaftskrise sprunghafte Erhöhungen der Preise für alle Lebensnotwendigkeiten verursacht.

Die Sozialhilfsbedürftigen sind heute in einer trostlosen Lage. Trotz steigender Zahl der Rentnervollständigen nimmt die Zahl der Gesamtsollrenten von Tag zu Tag ab. Ein langames Hungersterben geht in den Reihen der Sozialrentner ein. Sie scheitern die ersten zu sein, die nach dem Urteil des Professors Gruber verhungern müssen. Auf der einen Seite weiß der Reichstag heute nicht mehr, nach welcher Richtung er sich ausleben soll, andererseits ein Hungerleben ohne Namen.

Angesichts dieser Verhältnisse muß heute die Gewerkschaftsorganisation in einer ganz anderen Weise auftreten, als es in den letzten Jahren der Fall war. Die Gewerkschaften haben seit der Revolution durch die Fülle neuer Aufgaben und durch die großen, oft aber auch recht unzulänglichen Auseinandersetzungen im eigenen Lager die Sozialversicherung nicht im gleichen Maße zu beeinflussen versucht, als es bedurfte, besonders vor dem Kriege, der Fall war.

Hierfür gibt es allerdings Entschuldigungsgründe genug; da hat die sich treibende Lohnbewegung, die den größten Teil der Kraft der Organisationsleiter und der Mitglieder beanspruchte. Das soziale Arbeitsrecht nimmt gleichfalls ein weites Tätigkeitsgebiet in der Gewerkschaftsbewegung ein. Die Betriebsrätefrage, das Tarif- und Schlichtungswesen usw. finden mit Recht die größte Beachtung in wichtigen Kreisen und bei den maßgebenden Stellen der Gewerkschaften. Die Arbeitslosenfrage ist ein weiteres Arbeitsfeld, das erhebliche Kräfte in den Gewerkschaften beschäftigt. All das und vieles andere kann da angeführt werden. Vor dem Kriege brauchten sich die Gewerkschaften in der Praxis mit manchem von dem nicht zu beschäftigen und die Lohnbewegungen hatten Abstände von Jahren und ließen die Gewerkschaftsleitungen auch mal an etwas anderes denken. Aber trotzdem hat die Gewerkschaftsbewegung im kürzesten Maße die Pflicht, ihren doch immerhin nicht unerheblichen Einfluß, den sie an maßgebenden Stellen auszuüben vermag, in vollem Umfange für die Sozialrentner in die Wege zu leiten.

Es ist eigentlich gar nicht zu verstehen, daß die Gewerkschaftsmitglieder heute ein solch geringes Interesse für die Sozialversicherung an den Tag legen. Für die Beamten ist es ein Teil ihres Fortdauern, bei Arbeitsunfähigkeit ausreichende Versorgung zu bekommen. Für den Arbeiter scheint die Frage, wie er sich bei Unfall, Invalidität oder Krankheit fortbildet, nicht sehr brennend zu sein. Heute noch gesund — wer weiß, was morgen ist? Kräftigt diese Frage nicht auf jeden einzelnen zur für jeden Familienvater muß es heilige Pflicht sein, dafür einzutreten, daß seine Familie nicht im Elend verkommen braucht, wenn ihn die Industrie als Opfer gefordert. Aber wenn wir fragen, fragen jeden einzelnen unserer Kollegen, ob er weiß, ob und wieviel seine Frau und seine Kinder im Falle seines Todes an Rentenversorgung bekommen, wird kaum der zehnte Teil Bescheid geben können.

Das gleiche trifft auf die Versorgung der Invaliden- und Unfallrentner zu. Auch auf diesem Gebiete in viel zu großem Maße eine geradezu empörende Gleichgültigkeit der gesunden Ar-

better, obwohl sie täglich das ungeheure Elend der Rentenempfänger, ihrer einstmaligen Arbeitskollegen, sehen. Erst dann, wenn der Schaden da ist, dann fragt und sucht man nach Hilfe und Rat, und erst dann wird man sich bemüht, wie sehr in gesunden Tagen gelehrt wurde durch Gleichgültigkeit.

Was für ein Elend offenbart sich in den Zahlen über die Leistungen der Sozialversicherung! In der Unfallversicherung erhält heute ein Rentner (nach dem 1. Januar 1920 Verlekte) beispielsweise etwa 4 bis 5000 M jährlich bei einer Rente von 60% Prozent der Vorkrente; der Altrentner erhält sehr viel weniger, erst nur 400 M, ja selbst Renten unter 400 M das Jahr sind keine Seltenheiten. Die Invalidenrentner werden nach dem neuesten Gesetz schon bei 3000 M Gesamtjahresrenten nicht mehr als bedürftig angesehen. Invaliden unter 20 Jahren sind nicht mehr bedürftig, wenn sie 2100 M, und die Waisen, wenn sie 1200 M im Jahre an Einkommen haben. In der Krankenversicherung betragen die Tagessätze für Krankengeld heute höchstens 22,50 A, aber in den meisten Fällen wird diese Summe bei weitem nicht erreicht.

Geben diese kurz hingeworfenen Zahlen nicht den Gewerkschaften allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß ihre Mitglieder nicht nur ein angemessenes Einkommen als gesunde Arbeiter erhalten, sondern auch, daß für die Zeit der Invalidität und für die hinterbliebenen Lebensmitgliebert gesorgt wird?

Es wird höchste Zeit, endlich einmal ein deutliches Wort von der Gewerkschaftszentrale zu hören. Die Tätigkeit der Arbeiterparteien im Reichstage kann nicht in dem Maße fruchtbar sein, wie sie es wäre, wenn augenstehende Kräfte wirksam mitarbeiten. Dazu nur ein Beispiel: Den Erwerbslosen gegenüber ist man zwar auch sehr zugeneigt, aber sobald diese, von übergroßer Not gequälten, sich regen, nimmt die Regierung in bemerkenswerter Weise schnell Stellung und läßt die Sätze für Erwerbslosenunterstützung vom Reichstage erhöhen. Die körperlich und zum guten Teil auch seelisch gebrochenen Sozialrentner können nicht in so durchschlagender Art sich auszeichnen. Sie leiden und hungern in dem Maße. Für sie müssen nicht nur aus Solidarität, sondern vor allem auch der eigenen Zukunft wegen die Arbeiter einstehen. Heute erreicht nur der etwas, der fordern kann und hinter dessen Forderung steht. Hinter den Forderungen der Sozialrentner steht nur dann Macht, wenn alle an der Sozialversicherung interessierten Kreise — und das ist die gesamte Arbeiter- und Angestellten-schaft — der Forderung den nötigen Nachdruck verleihen.

Die Frage der Sozialversicherung muß wieder ein Tagesordnungspunkt in den Versammlungen und auf den Tagungen der Gewerkschaften werden. Und nicht nur die Einzelverbände, sondern vor allem die Zentrale der freien Gewerkschaften muß sich bemühen, den nötigen Druck auf die Gesetzgebung und auf die Ministerien auszuüben.

# Achtstundentag und Produktivität

Die Angriffe gegen den Achtstundentag vermehren sich. Die Unternehmer gehen mit dem Schlagwort: Die Produktion muß erhöht werden, damit die Produktionskosten sinken, in die Offensive. In Frankreich, in Polen, in der Schweiz liegen der Parlamenten Beschlüssen vor, die auf eine Abschaffung des gesetzlichen Achtstundentages oder auf eine wesentliche Einschränkung, welche einer Abschaffung gleichkommt, hinarbeiten. In Belgien ist das Gesetz erst vor kurzem ins Leben getreten, seine Ausführung wird aber in einer Weise sabotiert, daß die Arbeiterschaft vielerorts zu Proteststreiks gezwungen wird.

Es ist die Behauptung aufgestellt worden, daß die Einschränkung der Arbeitszeit, im besonderen der Achtstundentag, nicht nur dem einzelnen Arbeiter, sondern auch der gesamten Produktion zugute kommt. J. Potemkin weist in einem in der Zeitschrift des belgischen soziologischen Instituts Sobat erschienenen Aufsatz darauf hin, daß während des Krieges, als es darauf ankam, die Produktion

sprunghaft zu heben, diese These von der amerikanischen Kommission der nationalen Verteidigung ausdrücklich anerkannt wurde. Es gibt heute exakte wissenschaftliche Methoden, die Wirkungen der Überarbeit, die Ersparnisse der industriellen Erzeugung zu ermitteln, und eine Schaar von Gelehrten, darunter der Verfasser der erwähnten Schrift, beschäftigen sich tatsächlich mit der Erforschung der psychischen und physiologischen Einwirkungen der Arbeitszeit auf die Produktivität. Wir können hier die einzelnen, anfangs sehr wichtigen Ergebnisse dieser Forschungen nicht wiedergeben. Sie haben aber zu einem ganz eindeutigen, wissenschaftlich feststehenden Urteil geführt, die Potemkin folgendermaßen formuliert: „Es herrscht eine vollkommene Übereinstimmung aller bisherigen physio-physiologischen Untersuchungen und Produktionsermittlungen darüber, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur für den Arbeiter günstig ist, sondern auch für die gesamte Produktion. Dies gilt sowohl für Hand- wie für Kopfarbeiter.“

Woher kommt es, daß sich die Kapitalisten gegen den Achtstundentag sträuben, obwohl dieser die Produktion fördert? Man darf wohl annehmen, daß sie ihre eigenen Interessen wohl kennen und sicher zustimmen würden, wenn ihnen die Verkürzung der Arbeitszeit zum materiellen Vorteil gereichen würde. Die Sache liegt aber so, daß der günstigste Einfluß der Arbeitsverkürzung auf die Produktivität sich nicht bald auswirken kann, sondern erst, nachdem die Arbeit sowohl in der Ausübung wie in ihren Methoden dieser angepaßt wird, erst, nachdem die Arbeiter auch seelisch auf diese Arbeit eingestellt sind, was immerhin eine Weile dauern dürfte. Wichtiger ist noch die Tatsache, daß die Erhöhung des Ertrages oft nicht dem einzelnen Unternehmer, sondern der gesamten Volkswirtschaft zugute kommt. Der Kapitalist als solcher kann natürlich durch lange Arbeitszeit für sich einen höheren Mehrwert aus den Arbeitern herauspressen, wenn nämlich der Arbeiter infolge der Zwangslage seine letzten Kräfte hergeben muß. Die durch die Vernachlässigung der Beobachtung immer vorhandene industrielle Reservearmee ermöglicht es ihm ja, die verausgabten Kräfte immer neu zu ersetzen. Das Interesse der gesamten Volkswirtschaft erscheint aber die Produktivität durch Menschenökonomie, durch die Erhaltung der Arbeitskräfte für je längere Perioden zu heben. Wenn wirtschaftlich angesehen, wird der Produktionsbeitrag dadurch sehr erhöht werden. Der Einzelunternehmer, der nur auf seinen unmittelbaren Profit sieht, kümmert sich wenig darum. Um so kräftiger sollten die Staaten, als Vertreter der ganzen Volkswirtschaft, diese Gesichtspunkte geltend machen. Da sie aber in der Regel nichts anderes als Werkzeuge der kapitalistischen Interessen sind, vergessen sie nur allzu leicht die Interessen der gesamten Volkswirtschaft.

# Überschreitung des Achtstundentages strafbar

## Eine vernünftige Entscheidung

In Nr. 46 der Metallarbeiter-Zeitung erschien unter der Überschrift „Zum Achtstundentag“ eine Hinweisung auf das Urteil des bayerischen Oberlandesgerichts über die Abdingbarkeit des Achtstundentages. Es sei hiermit noch auf ein weiteres, dem Sinne nach gleiches Urteil des Oberlandesgerichts Königsberg i. Pr. aufmerksam gemacht. Der Sachverhalt ist folgender: In einem Maschinenbetriebe Ostpreußens hatte ein Arbeitgeber seine Arbeiter mit ihrer Zustimmung mehr als 8 Stunden täglich arbeiten lassen. Der Unternehmer war deshalb unter Anklage gestellt. Das Landgericht hatte ihn freigesprochen unter der Begründung, daß in dem Falle, wo die Arbeiter selbst durch freiwillige Übernahme längerer Arbeit auf den Schutz vor Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, wie ihn die Reichsverordnung gewährt, verzichteten, eine strafbare Handlung nicht vorliege.

Auf die Revision des Staatsanwalts hat darauf das Oberlandesgericht Königsberg das Urteil aufgehoben und die Strafbarkeit des Arbeitgebers aus folgenden Gründen bejaht:

Freiwillig kann der Revision nicht zugegeben werden, daß die Reichsverordnung trotz ihres Erlasses durch das Demobilisierungsgesetz beabsichtigt, eine übermäßige Arbeitslosigkeit beim Zurückfluten der Kriegsteilnehmer zu verhüten, vielmehr stellt sie in erster Linie als Folge der Revolution die Verwirklichung einer alten Arbeiterforderung, der des achtstündigen Arbeitstages, sicher und bezweckt nach Wortlaut, Zweck und Entstehungsgeschichte den Schutz der Arbeiter gegen die Ausbeutung der Arbeitskraft. Es handelt sich demnach um eine soziale Schutzvorschrift; eine solche ist, soweit sich nicht aus ihr selbst etwas anderes ergibt, grundsätzlich zwingend und nicht durch die Zustimmung der beteiligten Arbeitnehmer oder ihrer gesetzlichen Vertreter beseitigt werden und ganz dasselbe muß für die Bestimmungen der hier fraglichen R.V. gelten, soweit sie nicht selbst Ausnahmen vorsieht. Die Richtigkeit dieses Standpunktes ergibt sich daraus, daß die R.V. in bestimmten Fällen bei Zustimmung der Arbeiter oder des Arbeiterrats, unter Umständen auch der staatlichen Aufsichtsbehörde, Ausnahmen zuläßt. Denn daraus folgt mit Notwendigkeit: in allen übrigen Fällen darf auch mit Zustimmung der Arbeiter nicht von der Schutzvorschrift abgesehen werden. Nach den tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts kommt hier aber keiner der Ausnahmefälle des Gesetzes in Betracht. Wenn es dort heißt: die regelmäßige tägliche Arbeitszeit darf die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten, so bedeutet das Wort „regelmäßig“ nach dem Zusammenhang mit dem folgenden Satze, daß ausnahmsweise — falls auf Grund einer Vereinbarung an den Vorabenden der Sonn- und Festtage weniger als 8 Stunden gearbeitet wird — an den übrigen Tagen entsprechend länger als 8 Stunden, im ganzen die Woche nicht mehr als 48 Stunden gearbeitet werden darf.

Ob es zweckmäßig war, die Leistung von Überstunden auch bei Zustimmung einzelner oder aller Arbeitnehmer grundsätzlich zu verbieten, und zwar nicht bloß für Maschinenarbeiter, wo allerdings bis auf weiteres eine Mehrarbeit wegen der Kornknappheit keine Mehrerzeugung zur Folge hat, sondern ganz allgemein, zum Beispiel auch für Bergbau und Landwirtschaft, kann unerörtert bleiben, da dies allein Sache des Gesetzgebers, nicht der Rechtsprechung ist. Bedenken gegen die Gültigkeit der Verordnung bestehen nicht. Strafbar ist bei ihrer Nichtbeachtung nicht der Arbeitnehmer, der freiwillig Überstunden leistet, sondern der Arbeitgeber. (Vergl. R.G. in Strafsachen Vb. 55 S. 70 2.)

Diese Urteile werden dem Urteil des Gesetzgebers sicherlich entsprechen. In einer Zeit größter Arbeitslosigkeit muß man mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der Arbeitsbeschaffung entgegenwirken. Gerade in der letzten Zeit gehen außerordentlich viele Arbeiter dazu über, auf diesem Umwege den Achtstundentag zu durchbrechen. Von unseren Kollegen und Kolleginnen muß man erwarten, daß sie sich nicht durch augenblickliche gelbliche Vorteile beeinflussen lassen und bei der geplanten Abschaffung des Achtstundentags Selbsterdienste leisten. Der Achtstundentag kann und darf unter keinen Umständen dadurch aus der Welt geschafft werden, daß eine Anzahl unzufriedener und kurzatmiger Arbeiter eine längere Arbeitszeit übernehmen, weil sie durch Leistung von Überstunden mehr Geld verdienen. Gerade die Betriebsvertretungen müßten — geführt auf diese Gerichtsurteile — ein scharfes Augenmerk darauf richten, daß die Verordnung über den Achtstundentag nicht durch derartige Machenschaften umgangen wird. Im Interesse der Arbeiterschaft im allgemeinen, wie der arbeitslosen Kollegen im besonderen müßte jeder Unternehmer, der auf dem Wege der Vereinbarung von Überstunden versucht, den Achtstundentag zu umgehen, rücksichtslos zur Anzeige gebracht werden.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 18. Dezbr. ist der 52. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. Dezember 1921 fällig.

In diesem Jahre wird ein 53. Wochenbeitrag fällig, der für die Woche vom 25. bis 31. Dezember 1921 erhoben wird.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16 A, zu verwenden...

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with columns: Verwaltung, Für die Mitglieder der Verbandsstelle, Beginn der Beitragszahlung. Lists various regional branches and their respective contribution amounts.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Anforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Bezirksleitung Köln: Der Buchhalter Bernh. Schröder, geb. am 11. Januar 1879 zu Montjoie, Mitgliedsbuch Nr. 2.880.906, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Der Schlossermeister Johann Raffonnet, geb. am 1. Dez. 1885 zu Cuxen, Mitgliedsbuch Nr. 2.989.068, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Hebra a. U.: Der Robert Eberlein, geb. am 20. März 1901 zu Hebra, Mitgliedsbuch Nr. 3.978.625, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Waldshut: Der Metallarbeiter Johann Stöhr, geb. am 1. Januar 1900 zu Waldshut, Mitgliedsbuch Nr. 1.000.890. Et ist von B. abgetrennt, ohne zwei von der Gewerkschaftsbibliothek entlehnte Bücher abzuliefern.

Öffentlich gerügt wird: Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Danzig: Der Elektromonteur Ernst Arndt, geb. am 15. Januar 1898 zu Danzig, Mitgliedsbuch Nr. 3.458.660, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts: Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Rathowitz: Der Schlosser Paul Gorimoda, geb. am 18. Januar 1885 zu Sebran (D.-Schl.), Mitgliedsbuch Nr. 2.897.549, wegen Unterschlagung und Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Rothschütte: Der Klempner Erich Oppermann, geb. am 13. Juni 1897 zu Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 4.231.343, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Stralsund: Der Klempner Alfred Gebhardt, geb. am 22. März 1886 zu Gherau, Mitgliedsbuch Nr. 3.178.499, wegen Unterschlagung und Betrug.

Schloßen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 4.007.112, lautend auf den Schmied Christof Ernst, geb. am 26. März 1903 zu Falkenberg, eingetreten am 24. Oktober 1920 zu Döblich (Großschäfer).

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

von Feilenarbeitern nach Remscheid (Gehr. Bellerhans) D.; von Gold- und Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz; von Schmiedemeistern nach Radscheid 2.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Krupfad i. Th. (Hob. Sey) H.; nach Bremen 2.; nach Oberwalde (Hob. Biele) H.; nach Brunsland; nach Luxemburg 2.; nach Oldenburg i. D. (Bogenbauwerkstatt A.-G.) A.; nach Saarbrücken 2.; nach Schweinfurt (G. Wagner & Söhne in Hofheim) D.

Unsere Arbeitslage

Eine glänzende Geschäftslage, von der wir hoffen, für längere Zeit bestehen zu können, kommt in der Berichtswache vom 20. bis 27. November zum Ausdruck. 728 Verwaltungen forderten uns Berichte über 27.856 Betriebe mit 2.066.361 Arbeitern.

Table comparing current week (Berichtswache) and previous week (Vormoche) statistics for total and unemployed workers.

Die Zusammenfassung zeigt, daß sich die Beschäftigtenzahl steigert, dagegen die Zahl der fälligen und verfügt arbeitenden Betriebe und Arbeiter vermindert hat.

und kurzarbeitenden Betriebe beträgt 110, der Arbeiter 1860. Die Senkung ist aus folgender Darstellung zu ersehen:

Table showing weekly statistics from Oct 30 to Nov 27, including number of enterprises and workers.

Gegenüber der Vormoche trat eine bemerkenswerte Abnahme der verkürzt arbeitenden Betriebe und Arbeiter in den Bezirken Hamburg, Gagen, Frankfurt, Stuttgart und Nürnberg ein.

Table comparing current week and previous week statistics for enterprises and workers.

Über Berlin ist diese Woche folgendes zu berichten: Vorhanden sind 3213 Betriebe mit 259.649 Arbeitern. Nach Meldungen der dortigen Betriebsräte über Groß- und Mittelbetriebe ergibt sich:

Table with weekly statistics for Berlin, including number of enterprises and workers.

Von 1.562.078 Mitgliedern waren 10.725 arbeitslos, 9089 kurzarbeiter, davon in Berlin arbeitslos 2898. Auf je 100 Mitglieder entfallen in der

Table with weekly statistics for Berlin, including number of enterprises and workers.

An Arbeitslosenunterstützung wurden in dieser Woche vom Verband 96.356 M. ausbezahlt.

Rundschau

Metallarbeiterausperrung in Finnland

Die Lage der Metallindustrie in Finnland ist zurzeit hoffnunglos. Von den 22.000 Metallarbeitern des Landes sind 7- bis 8000, also 30 v. H., ohne Arbeit, von den 9000 Mitgliedern des Finnischen Metallarbeiterverbandes ungefähr 2000.

Das heutige deutsche Volkseinkommen.

In einer bedeutenden und außerordentlich interessanten Untersuchung hat der Finanzjurist Statistiker Dr. Eljas das heutige deutsche Volkseinkommen und den Anteil der Reparationslast an demselben berechnet.

Ausverkauf und Preissteigerung.

Es ist unbegreiflich, wie wenig Aufmerksamkeit auch in Fachkreisen bis jetzt dem Problem des Ausverkaufs und seiner Wirkungen auf unsere Volkswirtschaft geschenkt worden ist.

Eingegangene Schriften

(Für Befreiung der angezeigten oder beschriebenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Das einschlägige Arbeitsrecht. Von Fritz Schöder. Verlag: Zentralverlag der Angestellten, Berlin S.O. 26. Preis 4 M. - Der 54 Seiten starke Broschüre ist ein vom Verfasser auf dem ersten Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten im Dezember 1921 gehaltenen Vortrag zugrunde gelegt.

Der Verlag J. S. B. Dieb Nachf. G. m. b. H., Stuttgart, hat in letzter Zeit eine Reihe Neuerwerbungen und Neuauflagen herausgebracht, die in Preis und Ausfühung die ganz besondere Beachtung der Kollegen verdienen.

Die Satzungen und Richtlinien des A.D.G.B. und des Internationalen Gewerkschaftsbundes sind in zweiter, erweiterter Auflage erschienen. Hingegenommen sind: Der Organisationsvertrag zwischen dem A.D.G.B. und dem I.G.B. zu Abschnitt IV, Richtlinien des A.D.G.B. und des I.G.B. für die örtliche Zusammenfassung der Betriebe, Arbeiter- und Angestelltenräte...

Uns liegen vor: Tabellen über die Ermäßigung und Berechnung des Steuerabzuges vom Lohn, Gehalt u. dergl. Einkommen. 1.50 M (einschl. Porto). Verlag von Ernst Rudolph, Freiberg i. S. - Der Steuerabzug vom Lohn von Verheirateten und ledigen von Arbeitern, Beamten und Diensthöfen, die Ermäßigungen durch Kinder: alles das wird nicht erklärt - erklärt sich selbst, ja ist mit einem Blick abzulesen aus den Beispielen, die uns hier ein Verfasser gibt.

Sonstige Anzeigen

(Schreiben Sie die Anzeigen nicht an die Redaktion, sondern an die interessierte Firma selbst, Internat. Anzeigen aber stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

Eisendreher, 10 tüchtige, mögl. ledige für Dauerbeschäftigung hier gesucht. Bezirks-Arbeitsamt Friedrichshafen a. Bodensee (Gandhauer), auf alle Sorten Stellen sofort gesucht. Gustav Blohm, Flensburg, Neustadt 17.

2 Feilenhauer, tüchtige Graveure u. Zifeler, Zingelker, Bleigießer, Bläser, Schleifer a. Weich, Zinddreher finden dauernde Beschäftigung metall. Zinddreher bei höchstem Verdienst. Sofort. Eintritt Bedingung. Georg Sadt, Metallwarenfabrik, Furtb i. Wald.

Handformer, mehrere, für mittlere Arbeit zum sofortigen Eintritt für unsere Werke gesucht. Kleindienst & Comp. Eisengießerei Augsburg, Argonstr.

Geprüfter Heizer und mehrere gute Werkzeugmacher finden bei lohnendem Verdienst sofort Beschäftigung. Deutsche Werte Aktiengesellschaft, Werk Kassel-Bettenhausen.

Maschinen-Feilenhauer für sofort gesucht. Brandenburger Feilen- und Werkzeugfabrik Karl Radtke, Brandenburg a. Havel.

Maschinenhauer, der etwas auf Feilen-, Schnellläufer arbeiten kann, möglichst gelernter Feilenhauer, findet dauernde Stellung bei Eugen Reiner, Wengen in Württemberg.

Maschinen- und Werkzeugmacher, Dreher und Fräser. Vorkauf erfolgt nach Tarif. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sind zu richten an Wolf & Comp., Waldsee, Dittikon G.

Metalldrücker, Otto Lapp, Thüringer Metallwerk, Saalfeld a. Saale. 1.

Metalldrücker, Gießere und Metallformer für Stuttgart bei höchsten Löhnen und dauernder Beschäftigung gesucht. Sächsisch-Brandenburger Metall- u. Eisen-Gesellschaft, Wurz.

Modellplatten-Formen, durchaus selbständigen für Feigung und feinsten, tüchtige Anlagen sucht für sofort. Lambeck & Brunner, G. m. b. H., Darmstadt.

Schweißer, tüchtige, für autogene und elektrische Schweißarbeiten gesucht. Garmesreuther & Comp., G. m. b. H., Sulzbach (Hessen).

Druckknöpfe und Reissbrettstifte, Werkzeugmacher auf Eisen- und Automaten, nur allerechte Präzisionsarbeiter, werden bei allerschönen Löhnen für dauernde Beschäftigung eingestellt.

J. S. Jacobi, Maschinenfabrik, Sebnitz i. Sa. 1.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rüststraße 16 B.